

Gegenstände aus der jüdischen Geschichte als Chance für die Zukunft

Die Heimat in der Ferne

Für Deutschland und die jüdische Gemeinschaft ist 2021 ein Jubiläumjahr. Seit 1700 Jahren gibt es nachweislich jüdisches Leben auf dem Gebiet des heutigen Deutschland. Ein Edikt des römischen Kaisers Konstantin von 321 n. Chr. gilt als ältester Beleg. Der Stadtrat aus Köln, damals Hauptstadt der niedergermanischen Provinz Colonia Claudia Ara Agrippinensium, hatte eine Anfrage an Rom gerichtet. Die Entscheidung war weitreichend: „Durch reichsweit gültiges Gesetz erlauben wir allen Stadträten, dass Juden in den Stadtrat berufen werden.“

Seit dem Untergang ihres territorialen Zentrums in Judäa 135 n. Chr. lebten die Juden als Minderheit in der Diaspora. Es entstanden jüdische Gemeinden rund um das Mittelmeer, aber auch nördlich der Alpen in Germanien, wohin Juden mit den römischen Legionen gekommen waren. Ihre Spuren gingen in den Wirren der Völkerwanderungszeit wieder unter. Erst mit der Kinderstube des heutigen Europas, der Herausbildung des Frankenreichs, gab es erneut ein festes staatliches Gebilde nördlich der Alpen.

Jahrhundertlang ein gespanntes Verhältnis

Das Verhältnis zwischen Christen und Juden blieb jahrhundertlang gespannt. Denn anders als das vorchristliche Rom bestand die Kirche auf der Allgemeingültigkeit der christlichen Lehre, tolerierte also keinen anderen Glauben und verlangte die Konversion. Schon im Mittelalter wurden Juden drangsaliert und mit dem ersten Kreuzzug 1096 n. Chr. begannen Pogrome. Diskriminierung, Diffamierung und Verfolgung werden „das neue Normal“. Dennoch gab es auch immer wieder tolerante Phasen. Erst mit der Aufklärung verbesserte sich langsam die Situation der Juden. Die Gründung des Deutschen Reiches 1871 begründete die ersten Schritte zur Emanzipation. Grund aufzuatmen gab es trotzdem nicht. Dem bis dahin religiös motivierten Antijudaismus folgte der rassistische.

Das Jüdische Museum Franken mit Sitz in Fürth ist mit den Museen in Berlin, Frankfurt und München eines der bedeutendsten Museen für jüdische Geschichte und Kultur in Deutschland. Alles begann 1987 mit einer Initiative im mittelfränkischen Bezirkstag. Heute wird das Museum von einem 1990 gegründeten Verein getragen, dem der Bezirk Mittelfranken, die Stadt Fürth,



Zu den Ausstellungsstücken im Jüdischen Museum Franken in Fürth, einem der bedeutendsten seiner Art, gehört auch diese Menora, der traditionelle siebenarmige Leuchter. FOTO: DPA/DANIEL KARMANN

der Landkreis Nürnberger Land, die Marktgemeinde Schnaittach und seit 2008 die Stadt Schwabach angehören.

„Jüdische Geschichte und Kultur wird hier in einem besonderen Rahmen bewahrt, erforscht, vermittelt und präsentiert. In historischen Baudenkmalern in Fürth, Schnaittach und Schwabach erfüllen beachtliche Sammlungen ein ideales museales Konzept authentischen Lernens und Vermitteln“, so die Direktorin Daniela F. Eisenstein. Die Sammlung spiegelt die Vielfalt jüdischen Lebens in Franken wider. Sie besteht aus Judaika (Ritualgeräte und Textilien), hebräischen Drucken und Handschriften, Alltagsobjekten sowie historische Fotografien und Archivalien. Private Familiennachlässe ermöglichen Einblicke in das Alltagsleben jüdischer Familien vor der Schoa. Knapp zwanzig Jahre nach

Eröffnung des Haupthauses, einem historischen Gebäude aus dem frühen 18. Jahrhundert, wurde das Museum 2018 um einen markanten Neubau mit Seminarraum, Literaturhandlung und Café erweitert.

Dependance in Schwabach eröffnete im Jahr 2015

Die Dependance in Schwabach ist seit Juni 2015 eröffnet. Das Museum befindet sich in einem ehemaligen jüdischen Wohnhaus in der Synagogengasse. Eine historische Laubhütte mit eindrucksvoller Wandmalerei aus spätbarocker Zeit konnte als Kleinod europäisch-jüdischen Kulturerbes bewahrt werden. In der Zweigstelle in Schnaittach besteht mit dem Gebäudekomplex der 1570 erbauten

und 1735 erweiterten Synagoge, dem Ritualbad sowie dem Rabbiner- und Vorsängerhaus ein in dieser Art in Deutschland einmaliges Ensemble.

Als ehemaliges Leuchtturmprojekt des bayerischen Kulturkonzepts legt das Museum einen Schwerpunkt der begleitenden Bildungsinitiative auf den wieder aufkeimenden Antisemitismus. Erkennen der Strukturen und zivilcouragiertes Handeln sollen gefördert werden. Auch Bezirkstagspräsident Armin Kroder sieht die Wichtigkeit eines lebendig gelebten Judentums. Durch die „ungeheuerlichen Verbrechen der Nationalsozialisten“ sei „ein bedeutendes Stück Kultur fast ausgelöscht“ worden. „Solche Einrichtungen sind immens wichtig, zeigen sie doch, dass jüdisches Leben unsere Region entscheidend mitgeprägt hat.“ Entsprechend unter-

stützt der Bezirk Mittelfranken zahlreiche lokale Initiativen und Projekte im Rahmen der Feierlichkeiten des Festjahrs.

Die jüdische Gemeinde Fürth war von 1850 bis 1933 die größte in Bayern. Heute zählen zu den Gemeinden im Großraum etwa 3000 Menschen. Manche sitzen wieder auf gepackten Koffern. „Viele jüdische Gemeinden haben neue Gemeindezentren gebaut oder erweitert, ihre Kinder- und Jugendarbeit ausgebaut und sich in einer bisher nie dagewesenen Art und Weise nach außen geöffnet“, weiß Eisenstein zu berichten. Im Wissen um die Zerbrechlichkeit dieser Anstrengungen wünscht sie sich „einen Perspektivenwechsel für eine selbstverständliche Integration jüdischen Lebens, wie auch des Lebens anderer ethnisch-religiöser Gemeinschaften, in unsere Gesellschaft“. > REBECCA KOENIG

Gerrit Hohendorf verstirbt im Alter von 58 Jahren

Gerrit Hohendorf (58) ist tot. Der Facharzt für Psychiatrie leitete den Arbeitsbereich Medizingeschichte am Institut für Geschichte und Ethik der Medizin der TU München. Forschungsschwerpunkte des Wissenschaftlers bildeten die NS-Patientenmorde und daraus zu ziehende Konsequenzen für aktuelle ethische Fragestellungen am Lebensanfang wie am Lebensende. „Als Referent unserer gesundheitspolitischen Kongresse und von Tagungen des Arbeitskreises zur Erforschung der Euthanasie und Zwangssterilisation verlieren die Bezirke einen fachlich hochkompetenten Ratgeber und menschlich überaus angenehmen Weggefährten“, so Bezirkstagspräsident Franz Löffler. > BSZ



Gerrit Hohendorf war Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie. FOTO: BSZ

Räte beschließen einstimmig Beitritt zum Familienpakt Bayern

Bezirk Oberpfalz annähernd schuldenfrei

Deutlich niedrigere Ausgaben bei gleichzeitig höheren Einnahmen prägen den Haushalt des Bezirks Oberpfalz 2020. Dies zeigte die Jahresrechnung auf, die Bezirkskammerer Karl Hirsch in der jüngsten Sitzung dem Bezirksausschuss des Bezirkstags der Oberpfalz vorlegte. So konnten gut drei Millionen Euro der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden, ursprünglich war vorgesehen, der Rücklage 13,4 Millionen Euro zu entnehmen. Positives konnte Hirsch auch bei den Schulden vermelden. Diese betragen Ende 2020 noch 279 000 Euro, der Bezirk Oberpfalz ist damit nahezu schuldenfrei.

Die meisten Abweichungen gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung sind im größten Aufgabenbereich des Bezirks zu verzeichnen, dem Sozialbereich. Anders als veranschlagt kam es hier zu deutlich höheren Rückerstattungen für zu viel gezahlte Leistungen in Vorjahren, was die Einnahmenseite positiv beeinflusste. Weniger Einnahmen als geplant wurden hingegen bei den Aus-

gleichszahlungen für unbegleitete minderjährige Ausländer verzeichnet, hier gingen die Fallzahlen zurück. Bei der Hilfe zur Pflege blieb der erwartete Fallzahlenanstieg aus, sodass der Bezirk in diesem Leistungssegment deutlich niedrigere Ausgaben hatte als angesetzt.

Mehr als zwei Drittel arbeiteten im Homeoffice

Erwartet worden war, dass durch das zum 1. Januar 2020 in Kraft getretene Angehörigenlastungsgesetz, das Angehörige nur noch in Ausnahmefällen zur Finanzierung einer Pflege im Heim verpflichtet, mehr Menschen einen stationären Pflegeheimplatz in Anspruch nehmen würden. Eine gewisse Tendenz dazu war zu Jahresbeginn spürbar, mit Beginn der Corona-Pandemie erfuhr diese jedoch einen Stopp: Ein Wechsel in eine Einrichtung war lange Zeit nicht mehr möglich oder gewünscht.

Somit reduzierten sich die Ausgaben für den Bezirk Oberpfalz, der die Kosten für die Unterbringung übernimmt, wenn die eigenen finanziellen Mittel des Heimbewohners nicht ausreichen.

„Angesichts der Corona-Pandemie könnte der Rechnungsabschluss auch anders aussehen“, erinnerte Bezirkstagspräsident Franz Löffler daran, dass die Pandemie auch für den Bezirk Oberpfalz herausfordernd ist. So konnten einige Projekte und Vorhaben im vergangenen Jahr pandemiebedingt nicht wie vorgesehen umgesetzt werden, was zu einer Vielzahl an Haushaltsresten aus dem vergangenen Jahr führte.

Einstimmig beschlossen die Bezirksräte, dem Familienpakt Bayern beizutreten. Der Bezirk Oberpfalz positioniert sich damit als familienfreundlicher und attraktiver Arbeitgeber, der der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen hohen Stellenwert einräumt und familienfreundliche Rahmenbedingungen schafft. Für Bezirkstagspräsident Löffler ist dies ein aktuelles Thema: „Die letzten 15 Monate zeigten auf,

was wir hier leisten können. Rund 70 Prozent der Mitarbeiter der Bezirkssozialverwaltung waren im Homeoffice und lieferten gute Arbeit. Es gab keine Beschwerde.“ Mit dem Beitritt zum Familienpakt Bayern bekenne sich der Bezirk öffentlich zur Familienfreundlichkeit, schließlich stehe man im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern um qualifizierte Beschäftigte, erläuterte Hermann Krauß, Leiter der Hauptverwaltung.

Die Bezirksräte bewilligten in der Sitzung auch einige Zuschüsse: Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhält der Fischerzeugerring Oberpfalz 10 000 Euro und die Teichgenossenschaft Oberpfalz 2000 Euro. Für die Förderung der Bienezucht werden insgesamt 6000 Euro zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag wird aufgeteilt nach Mitgliedern an den Bezirksverband der Imker Oberpfalz und an die Bayerische Imkervereinigung. Mit je 500 Euro unterstützen die Bezirksräte die Naturschutzaufgaben der Bergwacht-Bayern-Regionen Bayerwald und Frankenjura. > BSZ

Oberfranken ist ein familienfreundlicher Arbeitgeber

Flexible Arbeitszeiten, alternierende Wohnraumarbeitsplätze oder Gesundheitsangebote mit finanzieller Unterstützung des Arbeitgebers: Mit diesen und weiteren Maßnahmen unterstützt der Bezirk Oberfranken seine Beschäftigten nachhaltig darin, ihre beruflichen und familiären Ziele in Einklang zu bringen. Dieses Engagement wurde zum fünften Mal in Folge durch das Zertifikat „audit beruf und familie“ untermauert. Bezirkstagspräsident Henry Schramm nahm im Beisein der Gleichstellungsbeauftragten Gudrun Hofmann und dem Direktor der Bezirksverwaltung, Peter Meyer, die Zertifikatsurkunde am 22. Juni im Rahmen einer Online-Veranstaltung offiziell an.

„Der Bezirk Oberfranken schafft vielfältige Maßnahmen, die eine ausgewogene Work-Life-Balance ermöglichen. Demnach ist es erfreulich, dass unser Einsatz und unsere familienbewusste Personalpolitik seit der ersten Zertifizierung im Jahr 2009 bereits zum fünften Mal belegt wurden. Die familienfreundlichen Rahmenbedingungen haben direkten Einfluss auf die Motivation und Leistungsbereitschaft unserer Beschäftigten“, betonte Schramm. „Es ist mir ein persönliches Anliegen, für meine Kolleginnen und Kollegen ein gutes Arbeitsumfeld zu schaffen, in welchem sie sich mit Freude und Engagement ihren wichtigen Aufgaben widmen können und dabei gleichzeitig die Möglichkeit haben, ihre beruflichen und familiären Ziele in Einklang zu bringen.“

Der Verleihung des Zertifikats ging ein Dialogtag voraus, an dem die Auditorin Daniela Scheurlen mit einem repräsentativen Querschnitt der Beschäftigten, die das breit gefächerte Angebote – wie beispielsweise die Sommerferienbetreuung oder das Eltern-Kind-Zimmer nutzen – Interviews führte. Die Mitarbeiter*innen spiegelten den Status quo wider und gaben Denkanstöße, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden kann.

Der Re-Auditierungsprozess des Bezirks Oberfranken wurde von der Gleichstellungsbeauftragten Gudrun Hofmann begleitet: „Die Steuerungsgruppe audit beruf und familie setzt sich unter dem Vorsitz des Bezirkstagspräsidenten Henry Schramm und aus weiteren wichtigen Personen der Leitungsebenen zusammen, die gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten alle Vereinbarkeitsthemen der Behörde beraten und entscheiden. Das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist Chefsache beim Bezirk Oberfranken.“ > BSZ

Fördergelder in Höhe von 14 Millionen Euro

Fördergelder in Höhe von rund 14 Millionen Euro, die überwiegend den Sozialpsychiatrischen Diensten (SpDi), den Suchtberatungsstellen, Integrationsunternehmen und Zuversichtsplätzen für Menschen mit Behinderung zugute kommen, hat der Bezirksausschuss von Mittelfranken beschlossen. Insgesamt über fünf Millionen Euro erhalten unter anderem die elf SpDi in Mittelfranken, den höchsten Zuschuss mit knapp 600 000 Euro bekommt der SpDi Ansbach des Diakonischen Werkes. Sechs Millionen Euro fließen an die Suchtberatungsstellen. Davon geht der größte Anteil mit 1,1 Millionen Euro an die Drogenhilfe Mudra in Nürnberg. Weiter unterstützt der Bezirk mit 1,4 Millionen Euro etwa Zuversichtsplätze bei verschiedenen sozialen Trägern. > BSZ

VERANTWORTLICH für beide Seiten: Bayerischer Bezirkstag, Redaktion: Ulrich Lechleitner